



Heidelberg, 15. Mai 2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, liebe Studierende,

Weiter sparen heißt schließen – Universitäten in Not: unter diesem Motto haben die baden-württembergischen Universitäten beschlossen, einen landesweiten Aktionstag am 21. Mai 2014 zu organisieren. Ziel des Aktionstages ist es, die bedrohliche Finanzlage der Universitäten sichtbar zu machen und den gemeinsamen Forderungen in den Verhandlungen zum jetzt anstehenden Solidarpakt III mit dem Land Nachdruck zu verleihen. Der STAATSANZEIGER Baden Württemberg vom 9. Mai berichtet dazu, dass das Land in der Hochschulfinanzierung auf Platz fünf im Ranking der Bundesländer abgestiegen ist. Legt man die Zuwachsraten zugrunde, ist Baden-Württemberg sogar auf Rang zwölf unter den 16 Bundesländern abgerutscht.

Mit einer Entscheidung der Politik über die Rahmenbedingungen für unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit ist in den nächsten vier Wochen zu rechnen. Die Landesrektorenkonferenz (LRK) hat sich intensiv bemüht, auf die dringende Notwendigkeit einer besseren Finanzausstattung hinzuwirken und in gemeinsamen Verhandlungen und bilateralen Gesprächen mit den verantwortlichen Ministerien eine verlässliche und auskömmliche Finanzierungsgrundlage zu erzielen. Wir sind dennoch in großer Sorge, dass statt der dringend erforderlichen Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Universitäten weitere Einschnitte unvermeidlich werden.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Trotz massiv gestiegener Studierendenzahlen ist die Grundfinanzierung der Universitäten in Baden Württemberg seit 1998 nicht erhöht worden. Wir sind weit davon entfernt, auch nur die inflationsbedingten Kostensteigerungen decken zu können. Dafür ein Beispiel: Explodierende Energie- und Bewirtschaftungskosten, die im Gegensatz zu den anderen Hochschularten für die Universitäten nicht vom Land übernommen werden, tragen zusätzlich zur stetigen Verschlechterung der Lage bei. In Heidelberg heißt dies: Wir erhalten für die Deckung der Energiekosten ca. sechs Millionen Euro und müssen jährlich rund 14 Millionen zahlen. Die fehlenden acht Millionen Euro müssen aus Forschung und Lehre herausgezogen werden.

So kann es nicht weitergehen, ohne dass der ganzen Universität schwere Qualitätsverluste drohen! Daher setzen wir auf ein positives Ergebnis in den Verhandlungen zum Solidarpakt mit dem Land und vor allem auf eine deutliche Verbesserung der Grundfinanzierung. Anderenfalls werden wir gezwungen sein, Einrichtungen zu schließen, Studienplätze und Services abzubauen. Damit würde das Land die Innovationsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg aufs Spiel setzen

mit Auswirkungen auf die Bedeutung Deutschlands im internationalen Wettbewerb.
Die Universität Heidelberg wird sich daher am landesweiten Aktionstag beteiligen, und ich möchte Sie herzlich persönlich einladen zu einer Informationsveranstaltung

im Innenhof der Neuen Universität
am **Mittwoch, dem 21. Mai 2014, ab 12.30 Uhr.**

Auch die Medien und die Öffentlichkeit sind zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Bitte kommen Sie möglichst zahlreich! Nur wenn wir geschlossen und gemeinsam auftreten, sind wir Universitäten des Landes für die Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft sichtbar und werden mit unseren berechtigten Anliegen Gehör finden.

Mit besten Grüßen



Prof. Dr. Bernhard Eitel

Rektor

FORDERUNGEN DER UNIVERSITÄTEN DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG IM SOLIDARPAKT III:

1. 3 Prozent mehr Grundfinanzierung

Die Universitäten benötigen dringend eine einmalige Erhöhung von 3 Prozent der Grundfinanzierung, die seit 1998 nicht mehr erhöht wurde.

2. Inflationsausgleich + 1 Prozent auf die Sachausgaben

Die Universitätshaushalte müssen endlich an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst werden, um dem schleichenden Kaufkraftverlust Einhalt zu gebieten. Ein Prozent mehr schafft Raum, um den Wissensvorsprung Baden-Württembergs zu halten. Das entspricht auch der Forderung des Wissenschaftsrats.

3. Tatsächliche Personalkosten finanzieren

Die Personalkosten müssen weiterhin in ihrer tatsächlichen Höhe vom Land übernommen werden. Tarifsteigerungen und steigende Pensionskosten dürfen nicht zu Lasten der Universitäten gehen.

4. Deckung des Defizits bei den Energie- und Betriebskosten

Die Universitäten benötigen dringend die Deckung der Kosten für die dramatisch gestiegenen Energie- und Bewirtschaftungskosten, die das Land bei allen anderen Hochschularten übernimmt. Bislang mussten die Universitäten dies über Kürzungen in Höhe von über 52 Millionen Euro bei Forschung und Lehre finanzieren. Dies muss ein Ende haben.

5. Überführung der Sonderprogramme in die Grundfinanzierung

Statt kurzfristiger und zeitlich begrenzter Programme benötigen die Universitäten Planungssicherheit beim Ausbau der Studienplätze. Die Landesanteile wie zum Beispiel für die Ausbauprogramme „Hochschule 2012“ und „Master 2016“ müssen dauerhaft in die Grundfinanzierung überführt werden.

6. Erhalt der Landesfinanzierung für die Exzellenzprojekte nach 2017

Das Land hat zugesagt, für die Projekte der Exzellenzinitiative auch nach Auslaufen der Bundesförderung den Landesanteil weiter zur Verfügung zu stellen. Angesichts der Erfolge, die diese Projekte für das Land bedeuten, muss diese Zusage Bestandteil des neuen Solidarpaktes sein.

7. Auflösung des Sanierungsstaus im Hochschulbau

Bauprojekte an den Universitäten werden nur dann vom Land finanziert, wenn erhebliche Eigenbeteiligungen durch die Universitäten geleistet werden. In den nächsten Jahren erhält das Finanzministerium hierfür von den neun Universitäten fast 240 Millionen Euro, obwohl diese Baumaßnahmen eigentlich vollständig übernommen werden sollten. Mit diesen indirekten Budgetkürzungen muss endlich Schluss sein.

8. BW-Overhead

Die baden-württembergischen Universitäten sind im Einwerben von Forschungsmitteln bundesweit führend. Allein im Jahr 2012 belief sich die Summe der Forschungsmittel auf 1,05 Milliarden Euro (einschließlich Medizin). Dies bedeutet für das Land einen großen Gewinn, da aus diesen Mitteln Arbeitsplätze entstehen und die regionale Wirtschaft profitiert (**jeder vom Land investierte Euro erbringt zusätzlich 2,3 Euro**). Das Land sollte dies honorieren und den Universitäten Sondermittel in Höhe von 5 Prozent auf eingeworbene Forschungsmittel zur Verbesserung ihrer Infrastruktur zur Verfügung stellen.